

Praxisrubrik: Einleitung

An dieser Stelle folgt ab dieser Ausgabe eine neue Rubrik in der Kritischen Justiz: die KJ-Praxisrubrik. Hier werden wir von nun an immer drei oder vier aktuelle gerichtliche Entscheidungen vorstellen und besprechen, die aus kritischer Sicht erwähnenswert sind, und sie mit einem kurzen Kommentar einordnen.

Die Justiz und ihre Entwicklungen verdienen auch in der Praxis Aufmerksamkeit, auch hier manifestieren sich Entwicklungen, werden aktuelle Kämpfe ausgetragen. Die Herausforderung des bürgerlich-rechtlichen Status Quo durch aktuelle Mietkämpfe, die sich in gerichtlichen Entscheidungen widerspiegeln; familienrechtliche Entscheidungen, die über sexistische Grundannahmen im Gericht Auskunft geben können; oder versammlungsrechtliche Versuche, die zunehmende polizeiliche Hegemonie zurückzudrängen: hier werden wir einige dieser Entscheidungen besprechen.

In dieser Ausgabe starten wir mit einer Entscheidung des OVG Berlin-Brandenburg zu vermeintlich missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennungen (Christoph Tometten); einem Anerkenntnisurteil des VG Berlin zum rechtswidrigen Einsatz polizeilicher Tatbeobachter*innen in einer Versammlung (Peer Stolle); und schließlich besprechen wir einen Nichteröffnungsbeschluss des belgischen Kassationsgerichtshofes betreffend ein Verfahren gegen mutmaßliche PKK-Mitglieder (Lukas Theune).

Wir sind dankbar für Einsendungen und Vorschläge, die gerne an lukas.theune@rav.de gerichtet werden können. Viel Spaß beim Lesen! Die autonome Praxis-Redaktion (Julius Becker, Dr. Carsten Gericke, Benjamin Hersch, Henriette Scharnhorst, Dr. Lukas Theune)

DOI: 10.5771/0023-4834-2020-3-393